

## **„GfbV kritisiert Merz: Aufnahmestopp für Flüchtlinge ist unmenschlich“**

Die GfbV kritisiert Merz' Aufnahmestopp für Flüchtlinge und fordert ein Umdenken in der deutschen Außenpolitik zur Bekämpfung des Islamismus.

26.08.2024 - 11:28

Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)

Die aktuellen Forderungen des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz, die nach einem generellen Aufnahmestopp für Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien laut werden, haben eine starke Resonanz in der Öffentlichkeit ausgelöst. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat diese Äußerungen als „unmenschlich und populistisch“ kritisiert. In einer Stellungnahme erklärte Dr. Kamal Sido, der Nahostreferent der GfbV, dass solche reflexhaften Forderungen die Bekämpfung des Islamismus nicht unterstützen und zudem gegen das Asylrecht verstoßen. Insbesondere für ethnische und religiöse Minderheiten, die vom IS verfolgt werden, ist Schutz in Deutschland von großer Bedeutung.

„Wir befinden uns in einer Zeit, in der eine verantwortungsvolle und humanitäre Asylpolitik dringend notwendig ist“, so Dr. Sido weiter. „Es ist unhaltbar, dass die CDU-Spitze ein komplettes Verbot für die Aufnahme von Asylbewerbern aus Krisengebieten fordert, während die Verfolgung in diesen Regionen unvermindert fortbesteht.“ Die Diskussion über den Umgang mit Asylbewerbern ist in der deutschen Politik ein sensibles Thema, das emotional aufgeladen ist und tiefgreifende gesellschaftliche

Debatten hervorruft.

## **Kritik an der deutschen Außenpolitik und NATO-Strategien**

Ein weiterer zentraler Punkt der Kritik von Dr. Sido bezieht sich auf die strategischen Entscheidungen der NATO-Regierungen hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit mit islamistischen Gruppen. Er betont, dass die militärischen Interventionen in Syrien und Afghanistan oft ohne klare politische Ziele stattfanden, was auch zur Stärkung islamistischer Kräfte beigetragen hat. „Die Unterstützung von Islamistengruppen ist ein gefährliches Spiel und wird die Stabilität auf lange Sicht untergraben“, warnt der Menschenrechtler.

Dr. Sido hebt hervor, dass die geopolitischen Überlegungen, die Russland und China entgegenstehen sollen, nicht auf Kosten der Menschenrechte und des Schutzes von Minderheiten erfolgen dürfen. „In der Diplomatie muss ein Gleichgewicht zwischen nationalen Interessen und ethischen Verpflichtungen gefunden werden“, sagt er. Er verweist darauf, dass deutsche Parteien wie die SPD, FDP, Grüne und CDU/CSU in der Vergangenheit bedingungslos islamistische Regierungen unterstützt haben, was die Glaubwürdigkeit von Forderungen nach einer harten Linie gegen den Islamismus untergräbt.

Ein besonders bedeutsames Beispiel ist die uneingeschränkte Unterstützung der AKP unter Recep Tayyip Erdoğan, die in ihrer Politik gegen ethnische Gruppen und religiöse Minderheiten im eigenen Land ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte agiert. „Erdoğan führt seine Politik mit einem Maß an Brutalität, das in der internationalen Gemeinschaft nicht mehr toleriert werden sollte“, fügt Dr. Sido hinzu.

## **Die Zukunft der Asylpolitik in Deutschland**

Wenn die geschilderten Probleme nicht angegangen werden,

stellt sich die Frage, wie Deutschland und die NATO in der Lage sein werden, den Islamismus effektiv zu bekämpfen.

„Islamismus kann nur global bekämpft werden“, so Dr. Sido. Die Unterstützung von islamistischen Akteuren in Konfliktregionen, in denen die Bevölkerung gegen den IS kämpft, ist ein klarer Widerspruch zu den erklärten Zielen der NATO. „Die Gefahren globaler terrorismusseien keinesfalls auf Deutschland oder Europa beschränkt“, warnt er.

Diese Situation ruft zu einem Umdenken in der deutschen Außenpolitik auf, da nur durch eine kohärente und menschenrechtsbasierte Politik eine wirksame Bekämpfung von Extremismus möglich ist. Die Ansprüche verschiedener politischer Akteure müssen angemessen abgewogen werden, um nicht die Unterstützung für die vertriebenen und verfolgten Menschen aus den Krisenregionen aufs Spiel zu setzen. Die Diskussion über Asylrecht, Flüchtlingsaufnahme und die Rolle Deutschlands in globalen Konflikten wird von dieser Thematik maßgeblich geprägt werden.

Für weitere Informationen oder Anfragen steht Dr. Kamal Sido unter der E-Mail-Adresse [k.sido@gfbv.de](mailto:k.sido@gfbv.de) oder telefonisch unter 0173/6733980 zur Verfügung.

Die Kritik an der politischen Rhetorik und den Maßnahmen rund um die Flüchtlingsaufnahme steht in einem größeren Kontext, der die Herausforderungen der internationalen Politik und die Rolle Deutschlands im globalen Rahmen beleuchtet. Der Umgang mit Flüchtlingen, insbesondere aus Krisengebieten wie Afghanistan und Syrien, wird nicht nur von humanitären Überlegungen bestimmt, sondern auch von strategischen und sicherheitspolitischen Faktoren.

Die Vereinbarung über das Asylrecht in Deutschland ist im Grundgesetz verankert. Deutschland hat sich dazu verpflichtet, schutzbedürftige Menschen aufzunehmen und ihnen ein faires Verfahren zu gewähren. Aktuelle politische Debatten über Aufnahmestopps stehen somit im Widerspruch zu

verfassungsmäßigen Verpflichtungen und werfen Fragen hinsichtlich der Ausgestaltung und Umsetzung des Asylrechts auf.

## **Migration und die Rolle Deutschlands in der internationalen Politik**

Die Situation der Flüchtlinge aus Krisengebieten wird maßgeblich von den geopolitischen Entscheidungen und Interventionen beeinflusst. Deutschland, als eine der führenden Nationen der Europäischen Union, spielt eine zentrale Rolle in der Diskussion um Migration und Asyl. Rhetorik und Maßnahmen zur Flüchtlingspolitik sind oft Ausdruck interner politischer Auseinandersetzungen, können aber auch weitreichende Konsequenzen für das internationale Ansehen Deutschlands haben.

Die Interventionen der NATO in Afghanistan und Syrien sind Beispiele dafür, wie militärische und politische Strategien sich auf die Migrationsströme aus diesen Ländern auswirken. Während Deutschland und andere NATO-Länder interveniert haben, um Stabilität zu fördern und den Terrorismus zu bekämpfen, gibt es berechtigte Sorgen, dass die Unterstützung bestimmter Akteure in diesen Ländern auch negative Folgen hat. Aus Sicht vieler Beobachter wird die Unterstützung islamistischer Gruppen in der Region als kontraproduktiv angesehen, da sie zur Destabilisierung der Zivilgesellschaft beiträgt und die Bedingungen für Flüchtlinge verschlechtert.

## **Aktuelle Statistiken zur Flüchtlingsaufnahme in Deutschland**

Nach den neuesten Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat Deutschland 2023 insgesamt etwa 199.000 Asylanträge erhalten, was einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Insbesondere die Zahl der Anträge von syrischen und afghanischen Flüchtlingen bleibt hoch. Syrische

Staatsangehörige machten 2023 etwa 30 % der gesamten Asylanträge aus, gefolgt von Afghanen mit etwa 20 %.

Nationalität	Anzahl der Anträge 2023	Prozentsatz der Gesamtanträge
Syrien	59.700	30 %
Afghanistan	39.800	20 %
Irak	17.900	9 %
Sonstige	81.600	41 %

Die Grundlage für diese Zahlen liegt in den anhaltenden Konflikten und der instabilen politischen Lage in den Herkunftsländern. Die aktuellen Zahlen verdeutlichen nicht nur die humanitäre Notwendigkeit für Aufnahmeregulierungen, sondern auch die Herausforderungen, vor denen die politischen Entscheidungsträger in Deutschland stehen, um eine verantwortungsvolle und faire Flüchtlingspolitik zu gestalten.

In Anbetracht dieser Komplexität wird deutlich, dass die Diskussion um Flüchtlinge und die Asylpolitik nicht isoliert betrachtet werden kann. Es ist notwendig, den Dialog über die Wirkungen internationaler Interventionen und die Unterstützung bestimmter Regierungen in Krisenregionen zu führen, um nachhaltig Lösungen zu finden und den betroffenen Menschen ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**